



MARKTGEMEINDE RASTENFELD

3532 Rastendorf 30

Tel.: 02826/289, Fax: 02826/289-20

Email: gemeinde@rastendorf.at

Homepage: www.rastendorf.at

Lfd. Nr. 2009 08

GEMEINDERAT

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die Sitzung am

Donnerstag, 22. Oktober 2009,

im GEMEINDEAMT RASTENFELD

Beginn: **20.00 Uhr**

Ende: **20.45 Uhr**

Die Einladung erfolgte am

15.10.2009 durch Kurrende.

Anwesend waren:

Bgm. Pani Albert
Vzbgm. Wandl Gerhard

GGR Anthofer Leopold
GGR Lemp Johannes
GGR Röbl Christian

GGR Gassner Andrea
GGR Rauscher Gerhard

GR Binder Leopold
GR Neumeister Rudolf
GR Radinger Gerhard
GR Rogner Herbert
GR Sinhuber Karl
GR Teuschl Sabine

GR Pfeiffer Josef
GR Rauscher Doris
GR Sinhuber Eva
GR Steininger Gerhard
GR Vrzal Leopold

Entschuldigt abwesend waren:

GR Dastel Josef

Nicht entschuldigt abwesend waren:

Vorsitzender: Vzbgm. Wandl Gerhard

Die Sitzung war öffentlich.

Die Sitzung war beschlussfähig.

TAGESORDNUNG

1) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vzbgm. Gerhard Wandl stellt fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist.

2) Misstrauensantrag gegen Bgm. Albert Pani

Vzbgm. Gerhard Wandl berichtet, dass GGR Rößl Christian einen Misstrauensantrag eingebracht hat und ersucht GGR Christian Rößl, dass er den Misstrauensantrag vorlesen soll.

GGR Christian Rößl verliest die Punkte des Misstrauensantrags:

1. Straßensperre

Durch die Vorgehensweise von Bürgermeister Albert Pani bei der Straßensperre im Zuge des Ausbaues der LB38 ist für die Gemeindeglieder ein vermeidbarer Schaden entstanden. Betriebe haben zum Teil erhebliche Einbußen hinnehmen müssen. Bürger (auch die Landwirte zur Erntezeit) mussten sich über die unzumutbare Umleitungstrecke quälen.

Bürgermeister Pani hat bei einer Versammlung im Kulturhaus beteuert, dass es zu keiner Straßensperre im Zuge des Ausbaues der Bundesstraße kommen wird.

Als die Baufirma eine Straßensperre beantragt hat, hat Bürgermeister Pani diese Verkehrsverhandlung geheim gehalten und sich in der Verhandlung ausdrücklich für die Straßensperre ausgesprochen.

Nachdem der Unmut in der Bevölkerung immer größer wurde hat Bürgermeister Pani seine Entscheidung damit begründet: "Die Gemeindeglieder hätten für die Absicherung der Baustelle aufkommen müssen".

Wenn ein Bürgermeister den Gemeindegliedern erzählt er werde sich für sie einsetzen, dann aber das Gegenteil macht und hinterher seine Fehlentscheidung mit einer Lüge rechtfertigt, muss diesem das Misstrauen ausgesprochen werden.

2. Verkehrssicherheit

Bürgermeister Pani hat verhindert, dass der Gemeinderat eine Lösung für die gefährlichen Kreuzungsbereiche bei der LB 38 erarbeitet. Stattdessen hat er sich vom Gemeinderat beauftragen lassen, sich selbst um das Problem zu kümmern. Eine Unterführung beim Ausbau der LB 38 hat der Bürgermeister durch seine Untätigkeit verhindert, obwohl vom Leiter der Straßenbauabteilung die Unterstüt-

zung durch das Land NÖ zugesagt wurde. Er verhindert auch die Lösung unserer Verkehrsprobleme, indem er sich weigert dem Gemeinderat diese Aufgabe zu übertragen. Dies ist ein weiterer Grund Bürgermeister Pani das Misstrauen auszusprechen.

3. Bauplatzverkauf - Grundpreis (Gemeinderat falsch informiert)

Beim Baugrundverkauf im "Hinterfeld" in Peygarten hat Bürgermeister Pani den Gemeinderat falsch informiert, indem er behauptet hat, der Interessent würde den Bauplatz nur kaufen, wenn die Gemeinde statt € 18,- nur € 16,- verlangen würde. Er hat damit den Gemeinderatsbeschluss durchgesetzt den Grund um € 16,- zu verkaufen. Jetzt will der gleiche Interessent plötzlich freiwillig die € 18,- bezahlen.

Wollte der Bürgermeister aus parteitaktischen Gründen ein Wahlzuckerl verteilen, oder ist er nur unfähig Preisverhandlungen im Sinne der Gemeinde zu führen? Da der Bürgermeister verpflichtet ist das Gemeindeeigentum sorgsam zu verwalten, muss ihm daher das Misstrauen ausgesprochen werden.

4. Undemokratische Leitung der Gemeinderatssitzungen.

Bürgermeister Pani weigert sich willkürlich Anträge die von einer Oppositionsfraktion kommen abstimmen zu lassen. Er verweigert einem Gemeinderat sogar das Recht sich zu einem Tagesordnungspunkt die dazugehörigen Angebote anzusehen und verhindert dadurch eine demokratische Abstimmung.

Wenn der Bürgermeister nicht bereit ist demokratische Spielregeln einzuhalten, ist ihm das Misstrauen auszusprechen.

Dies sind einige Punkte, die zeigen, dass Albert Pani mit dem Amt des Bürgermeisters überfordert ist. Um weiteren Schaden für die Marktgemeinde Rastendorf und ihre Gemeindeglieder zu vermeiden, stelle ich den Antrag, Bürgermeister Pani das Misstrauen auszusprechen.

Wortmeldungen:

GR Herbert Rogner erklärt, dass er die SPÖ-Fraktion vertritt und die SPÖ-Fraktion den Misstrauensantrag unterstützt.

GGR Christian Röbl, GR Doris Rauscher und GR Leopold Vrzal melden sich im Laufe der Sitzung immer wieder zu Wort und geben weitere Erklärungen zu den einzelnen Punkten des Misstrauensantrags ab.

Wortmeldung Bgm. Albert Pani:

Sehr geehrte Gemeinderäte,
ich erlaube mir zur Antragsbegründung wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Straßensperre:

Es handelt sich um ein Straßenprojekt des Landes Niederösterreich, welches derzeit in Umsetzung ist. Bei der Präsentation des Siedlungsentwicklungs- und Verkehrskonzeptes am 23.6.2009 im Kulturhaus Rastefeld wurde von mir unter anderem auch über den damaligen Projektstand - soweit dieser mir bekannt war - berichtet. Dazu zählte die Information, die Baustelle wird unter Ampelregelung durchgeführt. Mit 9.7.2009 erhielt die Gemeinde eine Einladung zur Verkehrsverhandlung bezüglich Totalsperre der LB 38.

Die Verhandlung fand am 23.7.2009 statt. Antragsteller war die bauausführende Firma, verantwortliche Behörde die Bezirkshauptmannschaft Krems. Als Gemeindevertreter nahm ich persönlich an dieser Verhandlung teil, so wie auch bei den meisten anderen Verhandlungen dies der Fall ist, zu denen ein Gemeindevertreter eingeladen ist.

Nach intensiver Beurteilung und Abwägung der Faktoren erfolgte die Beurteilung durch den Amts-Sachverständigen. Dabei galt der sicheren Durchführung der Baustelle ein Hauptaugenmerk sowie eine raschere Umsetzung der Baumaßnahmen im Gegensatz zu jeder anderen Variante (z.B. Ampelregelung). Ein Veto des Bürgermeisters ist dabei nicht möglich.

Die vermeintliche „Lüge“ ist vom Antragsteller wortgetreu der Zeitschrift „Bezirksblätter“ (Ausgabe „Der Waldviertler Krems“ Nr. 35) vom 26.08.2009 entnommen. Aufgrund einer telefonischen Anfrage des Bezirksblattes erläuterte ich damals meine Sicht des Sachverhaltes – meine Aussage lautete: „Der bei einer Variante notwendige laufende Auf- und Abbau von Betonleitwänden ist im Aufwand unverhältnismäßig, in der Praxis nur äußerst schwer umsetzbar und mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Diese müssten zu guter Letzt ja auch wieder von uns allen (gemeint sind die Steuerzahler) getragen werden.“

2. Verkehrssicherheit:

Auf meinen Antrag hin wurde mit den Stimmen der ÖVP die Erstellung eines Siedlungsentwicklungs- und Verkehrskonzeptes unter Miteinbeziehung von Fachleuten und der Bevölkerung beschlossen, siehe Gemeinderatsprotokoll vom 20.3.2008. Dieses Konzept wurde nach Befragung der Bevölkerung mit den Fachleuten erarbeitet, vorgestellt und mittlerweile schrittweise umgesetzt. Die Fachleute waren: Ziviltechniker, Raumplanerin und Vertreter des NÖ Straßendienstes.

Bei den Beratungen wurden alle Aspekte beleuchtet.

Resultat:

1. Eine Unterführung abseits des Ortes ist nicht sinnvoll, da diese damit für Fußgänger abseits der Hauptgehwege liegt.
2. Die Finanzierung wäre durch die Gemeinde zu tragen – dies ist nicht machbar.
3. Eine baulich kleinere Lösung würde Größenbeschränkungen für landwirtschaftliche Fahrzeuge bedeuten und damit ebenso sinnlos sein.

Unter Bedachtnahme auf den sinnvollen Einsatz von Gemeindegeldern ist diese Unterführung daher nach intensiver Beratung nicht realisierbar.

Mit dem derzeit in Umsetzung befindlichen Straßenprojekt des Landes NÖ und den durchgeführten Umbaumaßnahmen im Kreuzungsbereich wurde und wird die Verkehrssicherheit verbessert – zur Sicherheit unserer Gemeindegewissinnen und Gemeindegewiss!

3. Bauplatzverkauf:

Zur positiven Weiterentwicklung unserer Gemeinde ist es mir ein großes Anliegen, neue Bürger für unsere Gemeinde zu gewinnen. Im gegenständlichen Fall handelt es sich um eine junge, 3-köpfige Familie, die ihr Interesse bekundet hat, in Peygarten-Ottenstein sesshaft zu werden.

Da es für den infrage kommenden Bauplatz nahezu keine Interessenten über die letzten 11 Jahre gegeben hat und unter Einbeziehung der örtlichen Verhältnisse war das Hauptinteresse neuer Ortsbewohner im Vordergrund – und das finanzielle Entgegenkommen begründet. Die Bedenken der umliegenden Anrainer gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 26.8.2009 nahm ich zum Anlass, um noch einmal das Gespräch mit der angesprochenen Familie zu suchen. Dabei änderten die Interessenten ihre Meinung und waren mit dem festgesetzten Preis von Euro 18,00 einverstanden. Dies wurde den Anrainern von mir persönlich mitgeteilt, worauf keine weiteren Einwände vorlagen, und mittlerweile der Gemeinderatsbeschluss neu gefasst wurde.

Ich freue mich über jeden neuen Gemeindegewiss in unserer Gemeinde.

4. Undemokratische Leitung der Gemeinderatssitzungen:

Als Bürgermeister obliegt mir die Abwicklung der Sitzungen gemäß NÖ Gemeindeordnung. Dementsprechend wird vorgegangen. Zum selbigen Thema wurde von der Gruppe des Antragstellers schon am 23.4.2008 eine Aufsichtsbeschwerde bei der Bezirkshauptmannschaft Krems eingebracht. Die Aufsichtsbehörde bestätigte schon damals meine korrekte Handlungsweise.

Ich werde auch zukünftig die demokratischen Mittel zum Wohle unserer Gemeindegewissinnen und Gemeindegewiss einsetzen. Rastenfeld ist eine aufstrebende Gemeinde und soll auch zukünftig ein attraktiver Platz in der Region Kampseen sein.

Zur Wortmeldung GR Herbert Rogner sagt Bgm. Pani: Förderungen sind ein Weg den das Land NÖ den Gemeinden anbietet zur finanziellen Unterstützung von verschiedensten Projekten und wir haben und werden das auch in Zukunft so wahrnehmen und die Unterstützungen des Landes annehmen.

GGR Christian Röbl, GR Doris Rauscher und GR Leopold Vrzal melden sich abwechselnd zu Wort und geben weitere Erklärungen ab.

Vzbgm. Wandl erklärt, dass über den Misstrauensantrag geheim und schriftlich abzustimmen ist. Es wurden entsprechende Stimmzettel vorbereitet.

Vzbgm. Wandl ersucht GR Rogner Herbert und GR Steininger Gerhard bei der Stimmzählung zu helfen.

Bgm. Albert Pani verlässt den Sitzungssaal.

Vzbgm. Wandl beginnt mit der Abstimmung und übergibt jedem Gemeinderat einen Stimmzettel.

Nach der Abstimmung wird die Wahlurne entleert.

Es wurden 17 Stimmzettel abgegeben. Alle Stimmzettel sind gültig. Der Misstrauensantrag erhält die Zustimmung von 4 JA-Stimmen. 13 Stimmzettel lauten auf NEIN.

Vzbgm. Wandl stellt fest, dass der Misstrauensantrag damit abgelehnt wurde und beschließt die Sitzung um 20.45 Uhr.

Dieses Sitzungsprotokoll wurde in der Sitzung am02.12.2009...
genehmigt - ~~abgeändert~~ nicht genehmigt.

Gerhard Wandl eh.

.....
Vizebürgermeister

J. Müllner eh.

.....
Schriftführer

Steininger Gerhard eh.

.....
GR Steininger Gerhard, ÖVP

Vrzal Leopold eh.

.....
GR Vrzal Leopold, LGR

Dastel Josef eh.

.....
GR Rogner Herbert, SPÖ